

Das Modell von Keynes für eine Internationale Clearing Union – Eine geeignete Forderung der Linken in der aktuellen Finanzkrise!

1. Ausgangslage

Die Finanzkrise hat einiges in Bewegung gebracht. Auch wenn sie viel zu kurz greifen und häufig weiterhin in die falsche Richtung galoppieren: weltweit machen Regierungen nun Ankündigungen zu notwendigen Re-Regulierungen der Finanzmärkte als Konsequenz der US-Immobilienkrise.

Dabei wird z.T. auch den schon lange bekannten Analysen und Forderungen kritischer Ökonomen stattgegeben, wenn nun inzwischen auch die G7-Finanzminister eine Trennung von Bewertungs- und Beratungsgeschäft von Rating-Agenturen fordern.

Viel gefährlicher noch sind natürlich solche Regierungspläne, die zwar mit dem Etikett „Regulierung“ oder „entschlossenes Handeln“ verkauft werden, faktisch aber nur die Möglichkeiten der Banken verbessern sollen, ihre Verluste auf die Allgemeinheit abzuwälzen (z.B. Diskussion um eine „Bad Bank“ in den USA zur Bündelung schlechter Wertpapiere; in Deutschland z.B. die im Vergleich zu den privaten Banken überproportionale Übernahme von Risiken bei der IKB durch die KfW).

2. Herausforderungen für die Linke

Angesichts der gewachsenen Akzeptanzprobleme des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus muss die parlamentarische und außerparlamentarische Linke, mit einem Zungenschlag auftreten, der von diesem Pseudo-Regulierungsdiskurs erkennbar abweicht. Wann, wenn nicht jetzt, ist der geeignete Moment, um eine grundlegende Neuausrichtung und Neuordnung des Finanzsystems zu fordern?

In so einer Situation braucht die Linke ein griffiges Schlagwort bzw. eine grundlegende Forderung, um aus dem Nebel der vermeintlichen Handlungsbereitschaft der Herrschenden sichtbar hervorzustechen. Vorschläge einer grundlegenden Neuordnung sollten aber möglichst hinreichend konkret sein, um sie sich vorstellen zu können. Besonders hilfreich sind natürlich Vorschläge, die nicht nur die Dominanz der Finanzmärkte zurückdrängen, sondern zugleich wichtige Lösungen für andere Problemfelder aufzeigen, wie z.B. die dramatischen Ungleichgewichte im Welthandel (Stichwort Leistungsbilanzdefizit der USA) und die weltweit ungerechte Verteilung innerhalb der einzelnen Länder und im globalen Maßstab.

Aus all diesen Gründen erscheint uns die Zeit reif und besonders geeignet, über die bisher von der LINKEN entwickelten richtigen Regulierungsvorschläge hinaus das Modell einer alternativen Finanzordnung vorzuschlagen, das sich in wesentlichen Teilen an dem Vorschlag von Keynes für eine „International Clearing Union“ aus den 1940er Jahren orientiert. Unser Vorschlag versteht sich in keinsten Weise als Ersatz oder Alternative zu den vielen richtigen Einzelforderungen, die wir derzeit stellen. Ganz im Gegenteil: die Grundidee der Clearing Union hat den Charme, dass sie sehr viele unserer heutigen Forderungen zu einem stimmigen Gesamtkonzept verbindet, langfristig auf ein gemeinsames Ziel orientiert und damit nochmals die Notwendigkeit der kurz- und mittelfristigen Einzelforderungen unterstreicht.

3. Was hat Keynes vorgeschlagen?

1940 wurde der spätere Nobelpreisträger John Maynard Keynes von der britischen Regierung beauftragt, ein Modell einer Weltwirtschaftsordnung für die Nachkriegszeit zu entwickeln¹. Durch die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre und den Zweiten Weltkrieg war der internationale Warenverkehr mehr oder weniger zum Erliegen gekommen. Das internationale Finanzsystem war sogar schon sehr viel länger, nämlich seit dem Zusammenbruch des Goldstandards 1914, von Instabilität geprägt und war nach dem Ersten Weltkrieg nur notdürftig wiederhergerichtet worden.

Basierend auf den Erkenntnissen seiner wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit erarbeitete Keynes das Modell einer „International Clearing Union“ (ICU), die auf drei Grundelementen beruhen sollte.

1. Verrechnung in Weltwährung

Jedes Land sollte bei einer neu geschaffenen internationalen Clearing Stelle ein Konto unterhalten, über das alle seine Zuflüsse und Abflüsse im Rahmen der Außenwirtschaftsbeziehungen abgewickelt und registriert würden. Als Verrechnungseinheit dieser Konten sollte eine neue internationale Währung namens Bancor dienen, die eigens als von den nationalen Währungen unabhängige Weltwährung geschaffen worden wäre. Damit wäre eine wichtige Schwachstelle aller vorheriger Weltwährungssysteme überwunden worden, die immer unter der Vorherrschaft der Währung des jeweils dominierenden Landes (bis dahin v.a. des Pfund Sterling, seit dem der US-Dollar) standen.

2. Freier Handel, kontrollierter Kapitalverkehr und Spielräume für Wirtschaftspolitik

Das System sollte den Welthandel beleben, aber zugleich den nationalen Regierungen wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume lassen. Um mehr Planungssicherheit im Außenhandel zu gewährleisten, sollten die Wechselkurse aller Währungen in einem festen, aber mittelfristig anpassungsfähigen Verhältnis zum Bancor fixiert werden. Im Sinne wirtschaftspolitischer Spielräume sollte jedes Land zugleich die Souveränität über die eigene Geld- und Fiskalpolitik behalten, um nach eigenem Ermessen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung fördern zu können. Bei festen Wechselkursen und unterschiedlichen nationalen Geldpolitiken, d.h. Zinssätzen, durfte internationaler Kapitalverkehr nur stark eingeschränkt zugelassen werden. Andernfalls hätten die Ersparnisse aller Länder immer im Land mit den höchsten Zinsen angelegt werden

¹ Keynes hat seine Pläne zwischen 1941 und 1944 auf Anfragen und Bitten v.a. des britischen Schatzamtes (Finanzministeriums) und der Bank of England mehrfach verändert und relativiert (für eine historische Rekonstruktion siehe Keynes, 1980). In seinen ersten „Proposals for an International Currency Union“ (vgl. Keynes, 1980: 33ff) vom 8.9.1941 waren die Sanktionen für die Gläubigerstaaten noch sehr viel stärker als in dem ab Ende Januar 1942 als offizielles Diskussionspapier des Schatzamtes kursierenden „Plan for an International Currency (or Clearing) Union“ (ebd.: 108ff). Dieser wurde ab August 1942 in leicht veränderter Form zur Vorlage Großbritanniens in den Verhandlungen mit den USA über die Nachkriegsordnung (ebd.: 168ff), bei denen Keynes als Verhandlungsführer Großbritanniens jedoch in wichtigen Punkten den USA unterlag. Die Verhandlungen wurden schließlich bei einer Konferenz im amerikanischen Bretton Woods 1944 abgeschlossen und endeten mit der Gründung des IWF und der Weltbank, dem „System von Bretton Woods“.

können, was zu dramatischen Kapitalbewegungen bei Veränderungen der Zinssätze geführt hätte. Die ICU war damit das genaue Gegenteil des Goldstandards, bei dem zwar freier Kapitalverkehr herrschte, dafür aber das Geldangebot nicht von der Geldpolitik einer Zentralbank abhing, sondern sich ausschließlich aus dem Import und Export von Gold ergab².

3. Sanktionen für Überschussländer

Als drittes – und mit Blick auf das Wirtschaftsmodell Deutschland besonders wichtiges – Grundelement war ein Sanktionsmechanismus für alle Handelsbilanzungleichgewichte vorgesehen.

Ein Land mit lang anhaltenden Handelsbilanzdefiziten landet unweigerlich in einer Schuldenkrise. In der jüngeren Geschichte, und insbesondere seit Beginn der Internationalen Schuldenkrise der Entwicklungsländer Anfang der 1980er Jahre, mussten die Schuldnerländer empfindliche sogenannte „Strukturanpassungsprogramme“ vornehmen. Dazu gehörten in der Regel eine scharfe Sparpolitik des Staates, eine Abwertung der heimischen Währung zur Förderung des Exports und ein Ausverkauf der inländischen Industrie ans Ausland, um damit Devisen einzunehmen. Im Zentrum des Krisenmanagements standen ausschließlich die Schuldner, nie die Gläubiger. Die Handelsüberschüsse der Gläubigerländer sind aber zwangsläufig die Handelsbilanzdefizite der Schuldner, denn die Summe aller Handelsbilanzsalden auf der Welt ist definitionsgemäß null. Wenn also die Schuldner ihre Schulden zurückzahlen sollen, dann müssen auch die Gläubiger bereit sein, auf Handelsüberschüsse zu verzichten.

Genau in diesem Sinne sah die ICU ein symmetrisches, auf den Ausgleich beider Seiten gerichtetes System vor. Die ICU „unterscheidet sich in einem wichtigen Aspekt vom Vorkriegssystem, denn es bürdet sowohl dem Gläubiger- als auch dem Schuldnerland einen Teil der Verantwortung für die Anpassung auf. [...] Das Ziel besteht darin, dem Gläubiger nicht zu erlauben, einfach passiv zu bleiben. Denn wenn er dies tut, wird dem Schuldner, der ohnehin schon aufgrund der Schulden in einer schwächeren Position ist, eine untragbar große Last auferlegt (Keynes, 1980: 117, Übersetzung d. Verf.). Die Länder mit einem Handelsüberschuss hätten am Jahresende auf ihrem Konto bei der ICU ein Guthaben, die Konten der Länder mit Handelsdefizit ein Soll ausgewiesen. Statt aber, wie allgemein üblich, ein Guthaben mit Habenzinsen und ein Soll mit Sollzinsen zu belegen, sollte genau das Gegenteil der Fall sein. Überschüsse, d.h. Guthaben bei der ICU, wären ebenso wie die Defizite durch eine progressive Strafsteuer entwertet worden, so dass im System eine Tendenz zum Gleichgewicht eingebaut gewesen wäre. Außerdem wollte Keynes Obergrenzen für die Guthaben bei der ICU festlegen. Ein Land hätte auf diese Weise bei der Clearing Union niemals mehr Guthaben halten dürfen als bis zur Summe seiner durchschnittlichen jährlichen Im- und Exporte. Darüber hinausgehende Guthaben wären automatisch enteignet und den Währungsreserven der ICU zugeführt worden. Natürlich wäre es nur extrem selten soweit gekommen, denn solche Handelsgeschäfte hätten für das

² Beim Goldstandard muss das umlaufende Geld in einem bestimmten Verhältnis durch Gold gedeckt sein. Um die Geldmenge auszuweiten, musste vorher Gold importiert werden. Da im internationalen Geschäft mit Gold bezahlt wurde, konnten sich Goldimporte nur aus einem Handelsbilanzüberschuss ergeben. Eine genauere Darstellung des Goldstandards und viele Hintergründe zur Rolle von Wechselkursen für die wirtschaftliche Entwicklung finden sich in Hesel/Craffonara (2006).

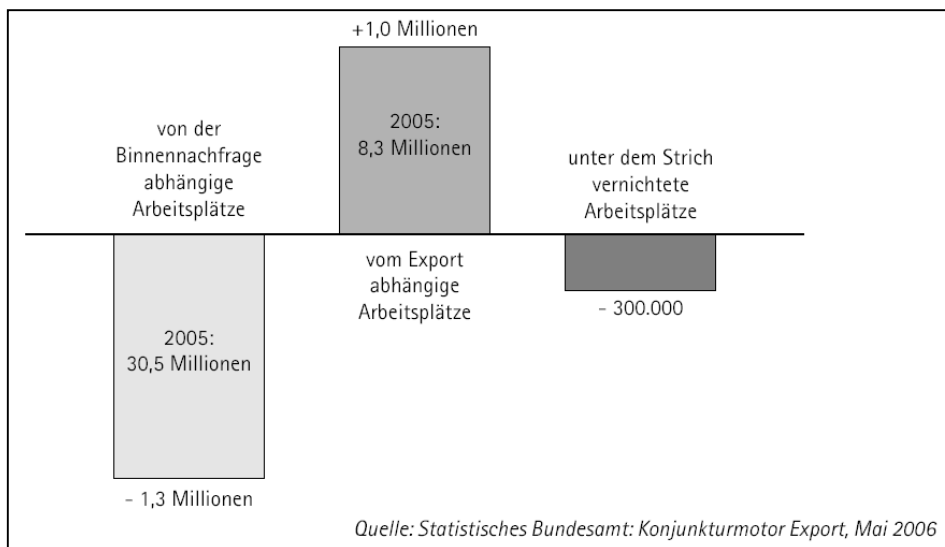
exportierende Land ökonomisch keinen Sinn gemacht. Extreme Gläubigerpositionen hätten so gar nicht erst entstehen können und die Summe der weltweiten Auslandsschulden (d.h. der Defizite bei der ICU) wäre zugleich begrenzt worden.

Keynes hatte darüber hinaus ein Bündel von wirtschaftspolitischen Sanktionen vorgesehen, die je nach Umfang der Abweichung eines Landes vom Gleichgewicht zur Anwendung gekommen wären. Die Sanktionen für die Schuldner wären den oben beschriebenen Strukturanpassungsprogrammen ähnlich gewesen. Keynes hatte aber auch, ganz im Sinne eines gleichgewichtigen Systems und heute kaum vorstellbar, Strukturanpassung für die Gläubiger vorgesehen. So hätte ein Überschussland z.B. durch Fiskalpolitik die Gesamtnachfrage und damit auch die Nachfrage nach Importen steigern sollen. Eine andere Maßnahme wären deutliche Lohnerhöhungen, denn auch sie stärken die Nachfrage und senken die internationale Wettbewerbsfähigkeit auf ein für den Rest der Welt erträgliches Maß.

4. Die Clearing Union im Hier und Heute denken

Um die Tragweite der ICU zu begreifen, muss man sich nochmals vor Augen führen, dass ein Exportüberschuss nicht anderes als der Export von Arbeitslosigkeit ist. Ein Land strebt einen Exportüberschuss an, weil es dann mehr produzieren (und damit Menschen beschäftigen und Einkommen erzielen) kann, als es aus eigener Kraft konsumiert. Das ist vor allem für die Unternehmen sehr attraktiv. Sie müssen, auf der Ebene der Gesamtwirtschaft, nicht so hohe Löhne zahlen, wie nötig wären, damit die LohnempfängerInnen auch das kaufen können, was sie selbst produzieren. Deutschland ist ein Paradebeispiel für diese Strategie. Die Binnennachfrage in Deutschland ist wegen extrem langsam steigenden und real (d.h. um die Inflation bereinigt) sogar fallenden Löhnen sehr schwach. Dennoch kann die Wirtschaft (und das heißt in Deutschland v.a. der Gewinn der Unternehmen) wachsen, weil Deutschland einen riesigen Exportüberschuss erwirtschaftet. Die abhängig Beschäftigten haben davon wenig. Zwar schafft der Exportüberschuss Arbeitsplätze in der Exportindustrie, dafür ist aber immer weniger in der Lohntüte. Niedrige Löhne wiederum bedeuten niedrigen Konsum und kosten so in der Binnenwirtschaft Arbeitsplätze. Hunderttausende Arbeitsplätze sind in Deutschland seit den 1990er Jahren durch die Exportorientierung bzw. die „Lohnzurückhaltung im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland“ verloren gegangen. Vorsichtige Schätzungen gehen allein für den Zeitraum 2000-2005 von netto 300.000 vernichteten Arbeitsplätzen aus (siehe Abbildung 1: Exportboom – Minus für Arbeitsplätze).

Abbildung 1: Exportboom – Minus für Arbeitsplätze



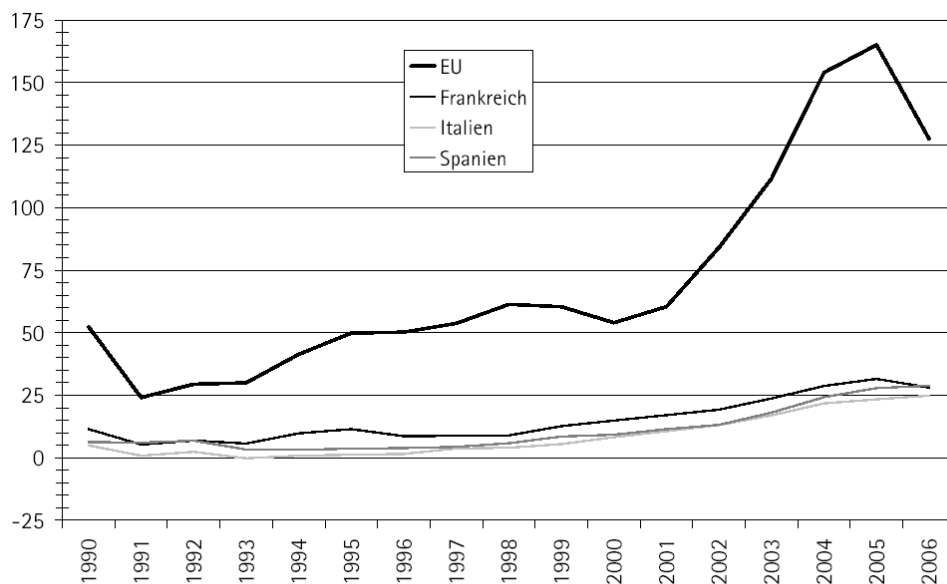
Grafik: ver.di

Die dadurch entstandenen Arbeitsplätze in der Exportindustrie bedeuten zugleich mehr Arbeitslose im Ausland. Da Deutschland seinen Exportüberschuss hauptsächlich gegenüber anderen europäischen Ländern erzielt, fallen so vor allem Arbeitsplätze in Frankreich, Italien und Spanien weg (siehe Abbildung 2). Gegenüber vielen Entwicklungsländern hat Deutschland ebenso einen Exportüberschuss. Gegenüber Lateinamerika belief sich der Überschuss 2006 auf über 6,4 Mrd US\$³, gegenüber Afrika auf 5,6 Mrd US\$ (siehe Abbildung 3). Den größten Überschuss gegenüber einer Entwicklungsregion erzielt Deutschland gegenüber den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens (13,7 Mrd. US\$), obwohl man es wegen der Ölimporte kaum erwarten würde.

Deutschland ist allerdings nicht das einzige Industrieland mit Überschüssen gegenüber Entwicklungsländern. Frankreich hat ebenfalls große Überschüsse gegenüber Afrika (7,2 Mrd.), Japan hat noch größere gegenüber Lateinamerika (14,9 Mrd, alle Zahlen für 2006). Ein fast ebenso großes Handelsbilanzdefizit hat Lateinamerika auch gegenüber China (13,7 Mrd im Durchschnitt 2004-2006). Das afrikanische Defizit gegenüber China betrug durchschnittlich knapp 2 Mrd. (2004-2006).

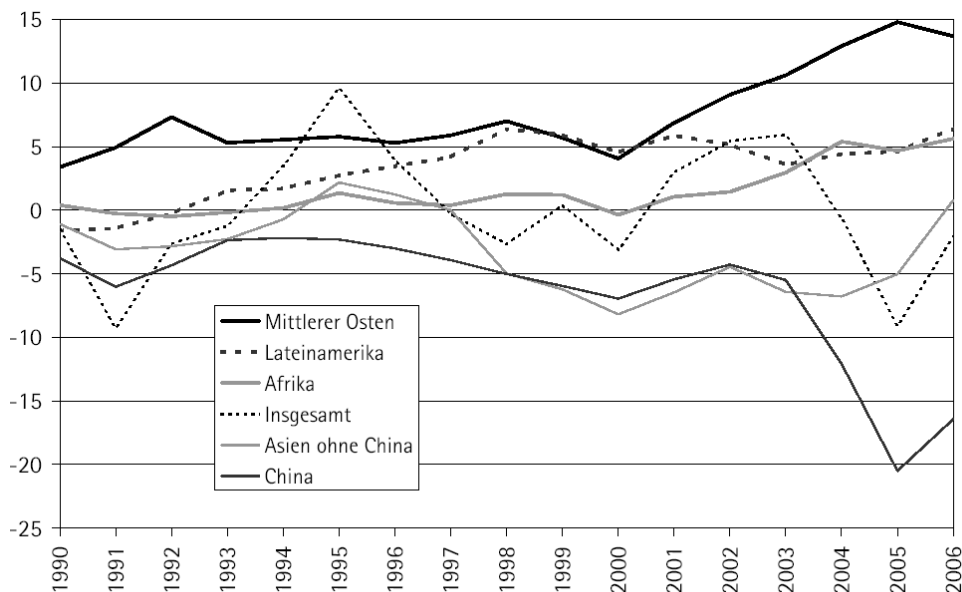
³ Die Überschüsse sind hier in US\$ angegeben, da die für einen internationalen Vergleich notwendigen Statistiken des IWF in US\$ geführt werden. Alle Zahlen zu Handelsbilanzen in US\$ nach IWF (2007).

Abbildung 2: Handelsbilanz der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Europa 1990-2006 (in Mrd. US\$)



Quelle: IWF 2007

Abbildung 3: Handelsbilanz der Bundesrepublik gegenüber Entwicklungsländern nach Regionen 1990-2006 (in Mrd. US\$)



Quelle: IWF 2007

Im Hinblick auf die Entschärfung des Nord-Süd-Konflikts und die Herausforderungen der Entwicklungsfinanzierung hat der Vorschlag der Clearing Union nicht nur aufgrund ausgewogenerer Handelsströme und eine Besserstellung der Schuldnerländer großen Charme. Mit einer wachsenden Weltwirtschaft entsteht notwendigerweise Bedarf nach mehr internationaler Liquidität. Eine ICU müsste, wie jede nationale Zentralbank, regelmäßig zusätzliches Geld in Umlauf bringen, um Deflation zu verhindern. Die ICU könnte z.B. regelmäßig den Entwicklungsländern nach einem bestimmten Schlüssel die neu zu schaffende Geldmenge als Guthaben auf ihren Konten gutschreiben, die

Seignorage-Gewinne kämen somit der Entwicklungsfinanzierung zugute. Das Geld käme in Umlauf, indem die Entwicklungsländer in entsprechendem Maße z.B. zusätzliche Investitionsgüter importieren, um eine nachholende Industrialisierung zu befördern.

5. Zu den Realisierungschancen einer Clearing Union

Eine ICU bedeutet zweifellos einen radikalen Bruch mit der Praxis des heutigen Weltwirtschaftssystems und scheint von daher natürlich weit weg von jeglicher Realisierungschance. Sie hat aber – im Gegensatz zu den derzeit im etablierten Raum diskutierten Reformvorstellungen – eine Antwort auf zwei der dringendsten aktuellen Probleme zu bieten: auf das notorische US-Handelsbilanzdefizit und auf den rapide und unkontrolliert fallenden Dollar. Nicht von ungefähr gilt das US-Haushaltsdefizit als schwerwiegendes weltwirtschaftliches Risiko. Die USA selbst dürften v.a. ein Interesse daran haben, ihr massives Handelsdefizit gegenüber China zu begrenzen. China betrachtet seinerseits den fallenden Dollar als eine große Bedrohung seiner in den vergangenen Jahren aufgehäuften Devisenreserven in US\$. Das exportorientierte Deutschland ist zweifellos an einem Stopp des Dollarverfalls und stabileren Wechselkursen gelegen, während die anderen europäischen Länder im System einer Clearing Union deutlich bessere Chancen hätten, ihr Handelsdefizit gegenüber Deutschland zu verringern. Gerade die Eurozone wäre daher gut beraten, sich Alternativen zum derzeitigen „Wachstums- und Stabilitätspakt“ unter dem monetaristischen Diktat der Europäischen Zentralbank zu überlegen. Denn die Handelsbilanzungleichgewichte, gerade innerhalb der Europäischen Währungsunion, und die mit ihnen einher gehenden Arbeitsplatzverluste in Frankreich, Italien und Spanien stellen eine ernsthafte Bedrohung für die weitere politische und wirtschaftliche Annäherung und Integration in Europa dar. Auch innerhalb Deutschlands kann es Gewinner geben: eine ICU auf europäischer Ebene würde den ArbeitnehmerInnen in Deutschland, die in den letzten 15 Jahren von „Lohnzurückhaltung“ gebeutelt wurden, endlich wieder ernsthafte Reallohnzuwächse in Aussicht stellen.

Diesen genannten Vorzügen stehen in den betreffenden Ländern natürlich auch entgegen gesetzte Anreize und Interessen gegenüber, die die Chancen einer Realisierung eher klein erscheinen lassen. So müssten z.B. China und Deutschland ihre Exportorientierung deutlich bremsen und die USA den Dollar als „ihr“ Weltgeld aufgeben. Nicht nur die deutsche Exportindustrie und die US-Finanzwirtschaft werden sich daher mit aller Kraft gegen eine Clearing Union stemmen, auch zwischen den Beschäftigten des Exportsektors und denen der Binnenökonomie in Deutschland gibt es Zielkonflikte, die wir nicht kleinreden dürfen. Gerade das Szenario einer Ablösung des Dollars durch den Euro als Weltleitwährung enthält aber auch ein positives Argument: Wenn die USA in eine multilaterale Weltwährung Bancor einwilligen, bleibt ihnen wohl der Euro als Weltgeld erspart, auf den sie noch viel weniger Einfluss hätten als auf den Bancor in einer ICU. Gleichzeitig scheut Euroland die Übernahme der Weltgeldfunktion durch den Euro, denn zum jetzigen Zeitpunkt wäre damit zweifellos eine sehr viel weitergehende Aufwertung des Euro verbunden.

6. Sich auf den Weg machen – Katalysatoren der Veränderung

Auch wenn die ICU aufgrund der genannten weltwirtschaftlichen Turbulenzen und Ungleichgewichte ein schon beinahe realpolitischer Vorschlag ist, wird es wohl bestenfalls zu einer graduellen Entwicklung in diese Richtung kommen. Dabei könnten viele der in den vergangenen Jahren immer wieder in Spiel gebrachten Vorschläge wie z.B. die Tobin-Steuer, Wechselkurs-Zielzonen, Kapitalverkehrskontrollen und ein internationales Insolvenzrecht wichtige Katalysatorfunktionen übernehmen.

Die Tobin-Steuer ist eine Umsatzsteuer auf Devisentransaktionen. Bei jedem Umtausch von Geld von einer Währung in eine andere würde eine geringe (z.B. 0,5 bis 1-prozentige) Steuer auf die umgesetzte Summe fällig. In den letzten Jahren wurden durchschnittlich pro Börsentag Devisen im Wert von ca. 2.000 Mrd. umgetauscht. Die meisten dieser Umsätze sind kurzfristiger Natur, ca. 70 Prozent werden schon innerhalb einer Woche wieder zurückgetauscht oder in eine dritte Währung gewechselt. Je häufiger ein Anleger sein Kapital von einer Währung in eine andere wechselt, desto stärker wird er von der Tobin-Steuer betroffen. Einmalige oder langfristige Aktivitäten wie z.B. die Abwicklung des Welthandels oder internationaler Direktinvestitionen hingegen werden nur relativ unerheblich durch die Tobin-Steuer beeinflusst. Die Tobin-Steuer würde im Ergebnis die Umsätze auf den Devisenmärkten deutlich reduzieren und damit Kapitalbewegungen und Wechselkursveränderungen erheblich entschleunigen⁴. Das würde es den Zentralbanken erheblich erleichtern, durch abgestimmte Devisenmarkt Eingriffe die Wechselkurse zu stabilisieren.

Letzteres könnte in einem System von Wechselkurs-Zielzonen umgesetzt werden. Dabei würden sich Zentralbanken, beginnend mit den Zentralbanken der wichtigsten Währungen US-Dollar, Euro und Yen, auf bestimmte Zielkorridore einigen, innerhalb derer die Währungen untereinander schwanken dürften. Sobald eine Währung an den Rand des Korridors stößt, müssten die Zentralbanken gemeinsam durch An- bzw. Verkauf der jeweiligen Währung dafür sorgen, dass der Wechselkurs innerhalb des Korridors bzw. der Zielzone bleibt. Die Zielkorridore könnten dabei entweder als gleitender Durchschnitt der Vergangenheit (z.B. Abweichung von maximal 3 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen 3 Monate) oder durch politische Vereinbarung definiert werden.

Paul Bernd Spahn hat den Vorschlag der Tobin-Steuer dahingehend weiterentwickelt, dass er ähnlich wie eine Zielzone wirkt. In seiner für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verfassten Studie schlägt er vor, dass ab einer bestimmten prozentualen Schwankung des Wechselkurses (d.h. bei Verlassen eines Zielzonenkorridors) die Umsatzsteuer drastisch bis auf 100 Prozent ansteigen sollte (Spahn 2002). Sobald der Wechselkurs dann an den Rand dieser Schwankungsbreite käme, fänden praktisch keine Umsätze mehr statt, bis sich die Lage wieder entspannt habe.

Die Tobin-Steuer (inkl. Spahn-Erweiterung) und Wechselkurs-Zielzonen sind also gleichermaßen sehr gut geeignet, einer ICU den Weg zu bereiten. Ähnliches gilt für den Vorschlag eines Internationalen Insolvenzrechts für Staaten. Da die Clearing-Union Ober- und Untergrenzen für die Verschuldung der einzelnen Länder vorsieht, müssten die Auslandsschulden (und damit natürlich auch die Guthaben der Gläubigerländer)

⁴ Weitere Hintergründe zur Tobin-Steuer finden sich z.B. bei Spahn (2002), Jetin/Denys (2005), Spratt (2006).

zuvor auf ein ökonomisch verträgliches Maß reduziert werden. Mit diesem Ziel wird von UN-Institutionen, WissenschaftlerInnen, Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen aus Nord und Süd seit Jahren ein Internationales Insolvenzrechts für Staaten gefordert. Statt bislang der Willkür der Gläubiger ausgeliefert zu sein, soll ein paritätisch von Gläubiger- und Schuldnerseite besetztes Schiedsgericht über die notwendige Entschuldung entscheiden. Ähnlich einer Verbraucherinsolvenz dürfte das zum Überleben und für die Sicherung der Menschenrechte notwendige Existenzminimum eines Schuldnerlandes dabei nicht angetastet werden. Die Legitimität der Schulden müsste ebenfalls geprüft werden. Ziel muss es sein, dem Schuldnerland einen wirtschaftlichen Neuanfang zu ermöglichen (vgl. Fritz/Hersel 2002).

Tobin-Steuer, Wechselkurs-Zielzonen und Internationales Insolvenzrecht wären natürlich auch für sich selbst genommen wichtige Beiträge zu einem stabileren und gleichgewichtigeren Finanzsystem. Keynes Vorschlag der ICU indes bietet die besondere Chance, all diese sinnvollen Bausteine als Etappenziele und Katalysatoren zu begreifen, die mit einer Internationalen Clearing Union in ein ökonomisch stimmiges und zugleich sozial verträglicheres Finanz- und Handelssystem münden.

7. Resümee und abschließende Einschätzung

Die Linke muss auf die aktuelle Finanzkrise über Einzelforderungen hinaus eine längerfristige Perspektive für ein grundlegend anderes internationales Finanzsystem entwickeln. Der Vorschlag von Keynes für eine Internationale Clearing Union bietet dafür eine hervorragende Vorlage. Das Konzept der Clearing Union bietet Lösungsansätze für eine Vielzahl heutiger Probleme und nimmt bereits bestehende Forderungen auf und verdichtet sie.

Die ICU

- ist geeignet, die Macht der liberalisierten Finanzmärkte deutlich zurückzustutzen,
- bietet einen globalen Rahmen für den schon lange geforderten Paradigmenwechsel von der Export- zur Binnenorientierung in Deutschland. Sie widerlegt die ewigen Vorwürfe, eine Orientierung auf den Binnenmarkt sei angesichts der Globalisierung ökonomisch von gestern und beweist die internationalistische Dimension der Binnenorientierung.
- leistet durch feste Wechselkurse, eine unabhängige Weltwährung und ihr symmetrisches Sanktionssystem für Überschuss- und Defizitländer einen großen Beitrag zu weltwirtschaftlicher Stabilität,
- schafft durch diese Stabilität, durch die Sanktionen für die Gläubiger und durch die Seignorage-Gewinne des Bancor ökonomische und finanziell Spielräume für Entwicklungsländer und leistet so einen Beitrag zur Überwindung des Nord-Süd-Konflikts,
- ermöglicht durch die gesteigerten wirtschafts- und fiskalpolitischen Spielräume eine aktive Umverteilungspolitik von Oben nach Unten,
- bietet – als Europäische Clearing Union (ECU) gedacht – eine Alternative zum „Europäischen Wachstums- und Stabilitätspakt“ und entgeht daher von vornherein dem Totschlagsargument, die USA würden bei einer ICU ohnehin nicht mitspielen. Als ECU könnte sie ein schlagkräftiges gemeinsames Projekt

der europäischen Linken werden und sich im Fall der Umsetzung auf der europäischen Ebene als globales Modell durchsetzen.

- bringt bestimmte Interessen vieler Menschen in den Entwicklungsländern mit den Interessen der abhängig Beschäftigten in Deutschland zusammen,
- hat mit Keynes als gedanklichem Vater ein hohes Maß an ökonomischen Vorschuss-Lorbeeren. Kaum jemand wird sich trauen, die Idee kurzerhand als Hirngespinnst ökonomischer Spinner vom Tisch zu wischen.
- ist trotzdem übersystemisch angelegt und keineswegs auf einen Verbleib im Kapitalismus angewiesen.

Literatur

Fritz, Thomas/Hersel, Philipp (2002): Das Kartell der Gläubiger aufbrechen. Faire und Transparente Schiedsverfahren. Neue Wege zur Lösung von Schuldenkrisen, BLUE 21/Misereor, Berlin/Aachen.

Hersel, Philipp/Craffonara, Daniel (2006): Wenn der Peso purzelt. Die Auswirkungen des internationalen Währungssystems für die Entwicklungsländer, BLUE 21, Berlin.

IWF (2007): Direction of Trade Statistics, Washington DC.

Jetin, Bruno/Denys, Lieven (2005): Ready for Implementation – Technical and Legal Aspects of a Currency Transaction Tax and its Implementation in the EU, hrsg. von Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung, Berlin.

Keynes, John Maynard (1980): Activities 1940-1944: Shaping the Post-War World: The Clearing Union, in: The collected writings of John Maynard Keynes, Vol. XXV, Macmillan/Cambridge University Press, London/Cambridge.

Spahn, Paul Bernd (2002): Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer, Gutachten im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn.

Spratt, Stephen (2006): A Euro Solution – Implementing a levy on euro transactions to finance international development, Intelligence Capital Limited.